

## Sozialdemokratie und Krieg.

ap. Parlamentarische Diskussionen sind nicht die bildenden Kräfte der Geschichte, sondern sie bringen nur zum Ausdruck, was sich im Schoße der Gesellschaft entwickelt und gebildet hat. In der Stellungnahme der verschiedenen Parteien zu den schwebenden Fragen und in den allgemeinen Ideen, die sie dabei vertreten, zeigen sich die Tendenzen, die sich gegen früher in den Verhältnissen der Klassen vollzogen haben. Das gilt auch für die Reichstagsdebatte über die auswärtige Lage. Ihre Bedeutung liegt nicht in ihrer Wirkung auf die Entwicklung der Verhältnisse; soweit die Stellungnahme des Proletariats darauf einwirkt, beruht das auf den entschiedenen Erklärungen des Stuttgarter und des Baseler internationalen Kongresses, daß das Proletariat versuchen wird, mit allen zweckmäßig erscheinenden Mitteln den Krieg zu verhindern. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie die Stellungnahme des Proletariats, wie auch der übrigen Klassen, klar hervortreten ließ. Dazu bedurfte es gar nicht einmal der komischen Art und Weise, in der der Zentrumsabgeordnete Fürst zu Löwenstein die Frage von Krieg und Revolution anschnitt. Auch sonst beherrschte diese Frage die Debatte. In ihr kam zum Ausdruck, daß in der Frage der internationalen Politik das Proletariat jetzt einen anderen Standpunkt vertritt, als Marx und Engels früher einnahmen.

Die Politik, die Marx und Engels als Vertreter des revolutionären Proletariats im 19. Jahrhundert verfolgten, war keineswegs kriegsfeindlich. Sie wußten, daß Kriege unter dem Kapitalismus notwendige Faktoren des Fortschritts sind. Wiederholt traten sie als Befürworter des Krieges der friedensliebenden liberalen Bourgeoisie entgegen. So 1848 in Deutschland, 1853 in England. In beiden Fällen forderten sie den Krieg der westeuropäischen Bourgeoisie gegen Rußland. Das war berechtigt durch die Stellung, die Rußland während des ganzen 19. Jahrhunderts in Europa als Hort der Reaktion und Schutzwache der volksfeindlichen Regierungen gegen die Demokratie und alle freiheitlichen Bestrebungen einnahm. Marx rechnete darauf, daß erst die Revolution der Bourgeoisie, die die bürgerliche Freiheit und Gleichberechtigung,

den Parlamentarismus und — wegen der Mithilfe der Volkschichten an dieser Revolution — demokratische Staatsformen bringen würde, die Grundbedingungen für die darauf weiter bauende proletarische Revolution schaffen mußte. Daher hatte das revolutionäre Proletariat die Bourgeoisie zu unterstützen, als kräftiger Arm und auch als kluger Ratgeber. Solange aber die russische Macht ungeschwächt da stand, bot sie den absolutistischen Fürsten einen Rückhalt und konnte mit ihren Armeen die Revolution niederwerfen. Daher forderte Marx im Interesse der europäischen Demokratie den Krieg gegen Rußland; der Krieg war — ähnlich wie in der großen französischen Revolution — nötig zur Sicherung der bürgerlichen Revolution.

Bekanntlich kam es anders. Die Bourgeoisie versagte; sie wollte nicht für die Revolution und die Demokratie kämpfen, verband sich mit der niedergeworfenen Reaktion und hatte daher auch kein Interesse daran, die russische Macht niederzuwerfen. Das halbe Jahrhundert kapitalistischer Entwicklung, das seitdem verflossen ist, hat dann allmählich die Bedingungen zu einer ganz anderen Stellungnahme geschaffen. Unter reaktionären Regierungsformen hat sich das Proletariat immer mehr zu einer geschlossenen Klassenpartei emporgekämpft, die immer größere Volksmassen vertritt. Und vom Krimkrieg, in dem sofort die innere Schwäche der russischen Militärmacht gegen die Macht modern-kapitalistischer Staaten hervortrat, ging eine allmähliche innere Umwälzung Rußlands aus, die, anfangend mit der Bauernbefreiung, eine großkapitalistische Industrie schuf, eine schreckliche Verelendung der Bauernmassen bewirkte und zu der russischen Revolution im Jahre 1905 führte.

Damit war die Voraussetzung für die Marxsche internationale Politik des Proletariats gefallen. Solange die noch ungebrochene Macht des Zarismus das revolutionäre Proletariat bedrohte, hatten die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie ihre Kriegsbereitschaft gegen Rußland erklärt — noch immer sollte der Krieg die Vorbedingungen zur Revolution sichern. Aber auf dem Essener Parteitag 1907 ging aus den Darlegungen von Lensch und Bebel klar hervor, daß dazu jetzt, weil Rußland militärisch machtlos geworden war, kein Anlaß mehr vorlag. Seitdem hat sich Rußland militärisch wieder ziemlich erholt. Aber an der neuen Stellungnahme wird damit nichts geändert. Rußland ist nicht mehr der Hort der Reaktion und der gefährlichste Feind des Sozialismus; wollte man

unter den Regierungen, die dem Proletariat feindlich gegenüberstehen, den gefährlichsten Feind auszuuchen, so könnte das nur derjenige sein, der am mächtigsten ist, also die deutsche Regierung. Rußland ist ein kapitalistisches Land geworden, das keine wesentlich besondere Stellung unter den anderen einnimmt. Es hat auch die proletarische Krankheit im Leibe wie alle andern. Es hat kapitalistische Expansionsinteressen zu vertreten, in Konkurrenz oder im Bündnis mit anderen, und kann nicht daran denken, in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zugunsten ihrer herrschenden Klassen einzugreifen. Sollte die russische Barbarei ein Grund zur Kriegsbereitschaft deutscher Arbeiter sein, so könnten ähnlich die englischen Arbeiter in den reaktionär-barbarischen Regierungsmethoden hier einen Anlaß zur Kriegsbereitschaft finden. Sollten jetzt deutsche Arbeiter sich bereit erklären, bei einem russischen Angriff zu weichen, so gilt genau dasselbe gegen Frankreich oder England; für alle solche im Voraus gegebenen Erklärungen gilt, daß sie geeignet sind, die Kriegspartei im eigenen Lande zu stärken. Die Liberalen glauben oder behaupten, dem Frieden damit zu dienen, daß sie gegen die fremden Regierungen Attacken reiten, angeblich um sie einzuschüchtern. Die sozialistische Taktik besteht umgekehrt darin, auf die eigene Regierung im Sinne des Friedens einzuwirken. Würde die deutsche Sozialdemokratie sich z. B. gegen französische Angriffsgelüste wenden, so würde sie unseren dortigen Genossen die Aktion erschweren und die internationale Solidarität im hohen Maße gefährden.

Weil heutzutage Rußland keine Ausnahmestellung mehr hat, weil überhaupt nicht irgend eine fremde Macht, sondern überall nur die eigene kapitalistische Regierung der Hauptfeind ist, deshalb kann es keinen Krieg mehr geben, der zur Sicherung der proletarischen Revolution nötig wäre. Damit ist erst die internationale Politik des Proletariats konsequente Friedenspolitik geworden. Das ist in den Reichstagsdebatten klar zum Ausdruck gekommen; während die Regierung, durch die bürgerlichen Parteien unterstützt, Hilfe an Oesterreich gegen Rußland versprach, fand sich, abgesehen von einer Andeutung Davids, die der üblichen revisionistischen Anlehnung an die bürgerliche Politik entsprach, keine Spur von proletarischer Kriegsbereitschaft gegen Rußland mehr; nichts als entschiedene Betonung unseres Friedenswillens.

Aber noch etwas anderes als eine geänderte Lage Rußlands tritt darin zutage. Auch das Proletariat selbst ist

ganz anders geworden. Vor einem halben Jahrhundert waren die Sozialdemokraten nur vereinzelt Propagandisten einer Klasse, die sich in der ersten Entwicklung befand. Revolution, die sie gegen Rußland sichern wollten, konnte nur eine bürgerlich-demokratische sein. Seitdem hat sich die Arbeiterklasse zu einer selbständigen politischen Macht entwickelt, die sich ihres eigenen Wesens, ihrer Eigenart und ihrer besonderen Aktionsmethoden bewußt geworden ist. Sie ist nicht mehr eine kleine Gruppe, die die bürgerliche Politik in einen entschiedenen Kampf für die Demokratie zu treiben sucht; sie ist die große Volksmasse selbst, die im Kriegsfall alle Greuel zu tragen hätte, die aber eben, weil sie die Masse ist, für ihre eigene Sache keiner Gewaltmethode mehr bedarf, sondern nur der Organisation. Während die Revolutionen der Bourgeoisie sich gegen die noch in vorkapitalistischer Unbeweglichkeit verharrende Umwelt zu wehren hatten, wächst in einer ganz kapitalistischen, aber durch scharfe nationale Gegensätze gespaltenen Welt die proletarische Organisation als ein einziger solidarischer Weltverband der Massen aller Sprachen auf. Daß diese Kampfgenossen nicht gegeneinander für kapitalistische Interessen Krieg führen wollen, ist selbstverständlich. Die proletarische Revolution, das Erwachen der Massen zum Klassenbewußtsein und zu geschlossener Einheit des Handelns, braucht keinen Krieg; sie vollzieht sich durch den rastlosen Ausbau der Organisationsmacht der Massen, den wir nicht durch Kriege gestört sehen wollen.

Und wenn die herrschenden Klassen doch zum Kriege treiben?

Als der Zentrumsredner seine mit gebührender Heiterkeit empfangene Frage stellte, ob wir durch eine Revolution den Krieg verhindern wollten, antwortete ihm Genosse Haase, daß Revolutionen nicht gemacht werden können. Sie wachsen aus den Verhältnissen empor, wenn diese reif sind. Aber man kann hinzufügen, daß nichts eine solche Revolution so sehr beschleunigen könnte, als Kriegsgefahr und Krieg, die von den herrschenden Klassen heraufbeschworen werden. —